



## **Europawahl am 7. Juni: Kammerpräsident Knieps ruft Betriebsinhaber und im Handwerk Beschäftigte dazu auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen**

### **Fünf Thesen der Handwerkskammer zur Europawahl**

### **Europapolitiker der CDU, SPD und FDP diskutieren beim Forum des Kölner Handwerks**

„Das deutsche Handwerk hat ein starkes Interesse daran, dass das Europäische Parlament gestärkt aus der Europawahl hervorgeht“, betonte Franz-Josef Knieps, Präsident der Handwerkskammer zu Köln, beim „Europapolitischen Forum“ des Kölner Handwerks. Er rief die Betriebsinhaber und die im Handwerk Beschäftigten dazu auf, bei der Europawahl am 7. Juni von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Für die Sorge des Handwerks, dass die von der EU geforderte gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen zu einer Nivellierung nach unten führen könne, zeigten die an der Veranstaltung in der Handwerkskammer beteiligten Europapolitiker viel Verständnis. Der SPD-Kandidat für die Wahl zum Europäischen Parlament, Sebastian Hartmann, sprach sich dafür aus, Bildungsabschlüsse transparent zu machen. Es dürfe aber keine Nivellierung auf niedrigem Niveau geben. Herbert Reul (CDU), Mitglied des Europäischen Parlaments, forderte, dass der Bildungsbereich weiterhin in der Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten bleiben solle.

Alexander Graf Lambsdorff, der für die FDP dem Europäischen Parlament angehört, lobte die Mittelstandspolitik des Kommissionsvizepräsidenten Verheugen. Seine Mittelstandsinitiative, der so genannte „Small Business Act“, bringe einen Kulturwandel zum Ausdruck, weg von der Fixierung auf die Großindustrie. Bei EU-Bestimmungen wolle die FDP eine unabhängige Folgenabschätzung. Das neue EU-Parlament solle sich dafür einsetzen, dass „die Folgenabschätzung außerhalb der Kommission stattfindet und einer unabhängigen Stelle übertragen wird“, forderte Dr. Ortwin Weltrich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer zu

## **Presse-Info**

3. Juni 2009

Köln. Zudem wünscht er sich, dass die Politik der EU auch die kulturelle Vielfalt Europas berücksichtige. Es könne beispielsweise nicht Aufgabe der EU sein, „Vorgaben zum Salzgehalt des Brotes zu machen und damit die Vielfalt der Brotsorten des deutschen Bäckerhandwerks reglementieren zu wollen“.

Das neu gewählte Europäische Parlament müsse Richtlinienentwürfe der EU-Kommission stoppen, die dem Mittelstand zusätzliche Bürokratie aufbürden. Eine zweite Antidiskriminierungsrichtlinie werde nicht gebraucht, so Weltrich. Die zentralen Forderungen des Handwerks an die Europapolitiker hat er in einem Fünf-Punkte-Papier zusammengefasst, das dieser Pressemitteilung beigelegt ist.